

Niederschrift zur 20. Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 14. Februar 2013 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 20.35 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Kolossa

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 18. Sitzung vom 12.12.2012
3. Kindertagesheimversorgung im Stadtteil
einschließlich der Krippen- und Hortplätze ab ca. 18.30 Uhr
4. Schulversorgung im Stadtteil
u. a. Maßnahmen zur Imageverbesserung der Schule Am Wasser ab ca. 19.15 Uhr
5. Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der
Fußgängerzone ab ca. 20.00 Uhr
6. Vergabe von Beiratsmitteln
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Kiener, Günter ab 18.50 Uhr
Kurt, Sabri,
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Schulte im Rodde, Christoph
Sonnekalb, Ralf
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried
Tienken, Volker

Sonstige Teilnehmer:

Herr Genthe-Welzel - Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Herr Marotzke - Schule Am Wasser

Der Vorsitzende eröffnet die 20. Sitzung des Beirates Vegesack. Die Einladung ist den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Der Vorsitzende begrüßt zunächst Herrn Helmut Klucken, Leiter des Polizeireviers Vegesack. Zur Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, dass den Beiratsmitgliedern bereits mitgeteilt wurde, dass zum Tagesordnungspunkt 5 - Maßnahmen zur Verbesserung der

Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone - vom Vegesack Marketing leider kein Referent erscheinen kann. Aus diesem Grunde schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Er weist aber darauf hin, dass er bereits seit einiger Zeit mit dem Vegesack Marketing an der Verbesserung der Aufenthaltsqualität arbeitet und aus diesem Anlass das Amt für Straßen- und Verkehr, den Umweltbetrieb Bremen und andere Akteure ins Ortsamt eingeladen hat, um insgesamt diese Thematik zu beraten und eine Vorlage zu entwickeln, die selbstverständlich dem Beirat vorgestellt werden soll. Das Gespräch findet Mitte März im Ortsamt Vegesack statt. Er schlägt vor, die Thematik als Komplettpaket dann im Beirat zu beraten.

Weiter teilt er mit, dass leider auch Tagesordnungspunkt 3 - Kindertagesheimversorgung im Stadtteil einschließlich der Krippen- und Hortplätze - abgesetzt werden muss. Der Vorsitzende erklärt, dass im Februar letzten Jahres das Amt für Soziale Dienste, Frau Prüser, im Beirat über die Situation der Hort- und Kindergartenversorgung referiert hat. Über diese Ausführung von Frau Prüser vor einem Jahr hat der Beirat diskutiert und ist dann im Juli 2012 erneut dazu zusammengekommen. Es wurde seinerzeit schon angekündigt, dass Anfang 2013 dieses Thema erneut beraten wird. Im Dezember hat der Vorsitzende das Amt für Soziale Dienste davon informiert, dass die Kindertagesheimversorgung im Stadtteil am 17. Januar 2013 beraten werden würde und darum gebeten, diesen Termin doch schon einmal zu notieren. Im Sprecher- und Koordinierungsausschuss kam man zu dem Ergebnis, dieses Thema nicht im Januar 2013, sondern erst in der Februarsitzung zu beraten. Daraufhin wurde das Amt für Soziale Dienste mit Schreiben vom 08. Januar 2013 über den Termin im Februar 2013 informiert. Das war verbunden mit der Mitteilung, dass die für Vegesack zuständige Mitarbeiterin damals schon wusste, dass sie länger krankheitsbedingt ausfallen würde. Der Vorsitzende bat darum, dass einer der Vertreter an der Sitzung teilnimmt.

Nach der letzten Sprecher- und Koordinierungsausschuss wurde die angekündigte Einladung verschickt. In der letzten Woche wurde dem Vorsitzenden mitgeteilt, dass die zweite Kollegin ebenfalls erkrankt sei. Auf Nachfrage beim Amt für Soziale Dienste teilte Herr Ehmke mit, dass die Zahlen für die Anmeldungen noch nicht vorliegen. Daraufhin informierte der Vorsitzende Frau Garbe, Leiterin des Sozialzentrums Nord, darüber, dass nicht nur über Zahlen gesprochen werden soll, sondern über die Kinder- und Tagesheimversorgung einschließlich Krippen- und Hortplätze im Beirat diskutiert werden soll. Frau Garbe wurde gebeten, dass doch ein Referent zur Sitzung gesandt wird. Erst am heutigen Tag erhielt der Vorsitzende die Mitteilung, dass das Amt für Soziale Dienst an der Sitzung nicht teilnehmen wird. Parallel dazu hat der Vorsitzende in der senatorischen Behörde angerufen und auf die Situation aufmerksam gemacht und dabei auf das Beirätegesetz hingewiesen. Selbst bei krankheitsbedingten Ausfällen gibt es Vertretungsregelungen. In der senatorischen Behörde hat man die Situation genauso eingeschätzt, allerdings konnte man es in der Kürze der Zeit auch nicht bewerkstelligen, dass heute Abend jemand zu diesem Tagesordnungspunkt kommt. Aufgrund dessen schlägt der Vorsitzende vor, auch diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu setzen.

Herr Buchholz kritisiert das Verhalten der Amtsleitung des Amtes für Soziale Dienste und erklärt, dass es keinen Wert hat ohne Experten über dieses Thema zu diskutieren. Das Thema ist aber so wichtig, dass die FDP-Fraktion in den nächsten 14 Tagen eine Sondersitzung beantragt. Er verweist dabei auf das Beirätegesetz in der Neufassung § 9 Abs. 1 Punkt 12 hin.

Herr Scharf schließt sich den Ausführungen von Herrn Buchholz an.

Frau Sprehe weist darauf hin, dass eine Planungskonferenz am 25.02.2013 stattfindet, in der die Zahlen vorgestellt werden sollen. Sie schlägt vor, in der ersten Märzwoche eine Sondersitzung vorzunehmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der ersten Märzwoche bereits jeder Abend mit Terminen belegt ist. Er schlägt vor, am Freitag eine Terminabsprache vorzunehmen. Da es auch Bestandteil der Begründung in der Ablehnung des Amtes für Soziale Dienste war, dass

das Ortsamt und die Beiratsmitglieder ohnehin zu dieser Planungskonferenz am 25.02.2013 eingeladen seien. Dort würden dann die Zahlen bekanntgegeben. Der Vorsitzende hält dieses nicht für eine angemessene Beteiligung des Beirates, denn die Beiratssprecherin hat im Rücken einen Beschluss des Beirates und die Information der Beiratssprecherin ersetzt nicht die Information des Beirates. Deshalb schlägt der Vorsitzende vor, dass keiner an der Planungskonferenz am 25.02.2013 teilnehmen wird, sondern dass komplett in diesem Gremium beraten wird. Die Teilnahme an der Planungskonferenz ist somit abzusagen.

Ergebnis: - einstimmig -

Die Tagesordnung wird mit Unterstreichung der Punkte 3 und 5 beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1 **Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat**

Ein Bürger (siehe Anlage) beantragt, dass sich der Beirat beziehungsweise der Verkehrsausschuss mit dem Thema Bewohnerparken Am Wilmannsberg beschäftigt. Hintergrund ist, dass Frau Sprehe in der Bürgersprechstunde auf seine Nachfrage hin ihn über die derzeitigen Pläne des Amtes für Straßen und Verkehr, das Bewohnerparken einzuführen, informiert hat. Die Ausführung, die dort geplant ist, führt dazu, dass in einem Bereich, in dem heute illegal geparkt wird, legal Parkplätze zusätzlich als Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden sollen mit einem zusätzlichen Parksuchverkehr und der damit verbundenen An- und Abfahrten. Dieses lässt sich eigentlich nur realisieren, in dem ein Grünzug, der seinerzeit unter der Unterstützung des Bauamtes Bremen-Nord von Anwohnern dort eingerichtet worden ist, beseitigt wird und zu Parkplätzen umgewandelt wird. Das ist das Gegenteil von verkehrsberuhigter Zone und ist eine direkte Konkurrenz zu dem in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Parkhaus der Brepark.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Bürgerwunsch aus dem Wilmannsberg-Quartier in mehreren Einwohnerversammlungen und in öffentlichen Verkehrsausschusssitzungen auch mit den Anliegern sehr intensiv diskutiert wurde. Der Wunsch wird aufgenommen und wird an den Beirat weitergeleitet.

Weitere Wünsche und Anträge liegen nicht vor.

Tagesordnungspunkt 2 **Genehmigung der Niederschrift der 18. Sitzung vom 12.12.2012**

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass programmgemäß für ca. 19.15 Uhr das Thema Schulversorgung im Stadtteil vorgesehen war. Durch die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 hat sich die Terminlage verschoben. Um aber allen Beteiligten die Möglichkeit der Teilnahme zu diesem Thema zu geben, wird der Tagesordnungspunkt 6 - Vergabe von Beiratsmitteln- einvernehmlich vorgezogen.

Tagesordnungspunkt 6 **Vergabe von Beiratsmitteln**

Der Vorsitzende weist auf die 1. Runde für die Vergabe von Beiratsmitteln im Mai 2012 hin. Da in jedem Jahr von der Beiratssprecherin im Januar ein Kranz am Jacob-Wolff-Platz niedergelegt wird, muss vorher schon Geld für Repräsentationsmittel abliefern. Der Vorsitzende schlägt vor, dass der Beirat 1.000,00 Euro für Repräsentationsmittel bewilligt.

Ergebnis: - einstimmig -

Herr Kiener nimmt um 18.50 Uhr an der Sitzung teil.

Tagesordnungspunkt 7

Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag zum Kohletransport auf der Farge-Vegesacker-Eisenbahn vor, der vom Vorsitzenden eingebracht wurde und den Fraktionen bereits vorliegt.

Der Vorsitzende verweist auf den in der letzten Sitzung des Beirates gefassten Beschluss. In der Folge fand dann eine Beratung dieser Thematik im Regionalausschuss Bremen-Nord statt. Es wurde verabredet, kurzfristig eine weitere Sitzung dieses Gremiums durchzuführen. Der Beschluss des Vegesacker Beirates wurde im Regionalausschuss mehrheitlich übernommen, verbunden mit der Forderung, dass vorher kein Gütertransport auf der Schiene stattfindet. Dieses hat dann der geschäftsführende Ortsamtsleiter Herr Nowack der Farge-Vegesacker Eisenbahn mitgeteilt. Das Antwortschreiben der Farge-Vegesacker Eisenbahn liegt den Fraktionssprechern vor, in dem mitgeteilt wird, dass diese den Gütertransport durchführen darf und es auch durchführen wird. Da der Vorsitzende das Beiratvotum so verstanden hat, dass man das in der Form nicht will und vor allem die Bevölkerung nicht über Gebühr beeinträchtigen will, legt Herr Dornstedt eine Beschlussvorlage vor, die eine Beschlussgrundlage für den Beirat sein könnte.

Herr Pörschke bittet um Ergänzung des 4.letzten Absatzes um den folgenden Satz:
Eine etwaige Weiterentwicklung des Personenverkehrs darf durch Gütertransporte nicht behindert werden.

Herr Buchholz kritisiert, dass der Vorsitzende diesen Antrag ohne ausdrücklichen Auftrag des Beirates entworfen und ihn darüber hinaus an das Ortsamt Burglesum weitergeleitet hat.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Ergebnis: - einstimmig -

Der Vorsitzende fasst die Beratung zusammen und es wird folgender Beschluss gefasst:

- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, für einen umfassenden Schutz der anliegenden Wohnbevölkerung Sorge zu tragen. Hierzu sind geeignete Maßnahmen entlang der Fahrstrecke zu treffen, z. B. durch Errichtung von Lärmschutzwänden. Es ist die Aufgabe des Fachressorts, die hierzu erforderlichen Zuständigkeiten zu klären und die Verantwortlichen mit der Umsetzung zu beauftragen.
- Der Beirat Vegesack fordert in diesem Zusammenhang eine umfassende und jeweils zeitnahe Information der Betroffenen und des Beirates über den Sach- und Planungsstand.
- Das Gewerbeaufsichtsamt wird aufgefordert, regelmäßig Messungen hinsichtlich Lärm und Erschütterungen durchzuführen und bei einem Überschreiten der zulässigen Grenzwerte sofort entsprechende Regelungen zu treffen. Hierbei ist der beabsichtigte Wegfall des „Schienenbonus“ bereits zu berücksichtigen.
- Bei der Beurteilung der Grenzwerte sind die Nähe des Klinikums Bremen-Nord, des Altenheimes in der Hammersbecker Str. sowie der Grundschule Hammersbeck besonders zu berücksichtigen.
- Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, die eine Beeinträchtigung des Personenverkehrs zwischen Bremen-Farge und dem Hauptbahnhof ausschließen. Eine etwaige Weiterentwicklung des Personenverkehrs darf durch Gütertransporte nicht behindert werden.
- Der Beirat Vegesack stellt fest, dass die Nachtruhe zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr in jedem Fall einzuhalten ist.

- Der Beirat Vegesack kritisiert die mangelnde Transparenz des Kraftwerksbetreibers in der Darstellung der Wirtschaftlichkeit gegenüber dem bisherigen Transportweg mittels Binnenschiff und erwartet eine Offenlegung der Kostenschätzung beider Transportwege.
- Der Regionalausschuss Bremen-Nord wird aufgefordert, sich dieser Beschlusslage anzuschließen.

Ergebnis: - einstimmig -

Weiter liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema Verkaufsoffener Sonntag am 05.05.2013 vor.

Frau Sprehe verliest den Antrag und begründet mündlich die Dringlichkeit ihres Antrages.

Zunächst wird über die Dringlichkeit des Antrages abgestimmt.

Ergebnis: - einstimmig -

Herr Buchholz bittet in dem Zusammenhang darum, dass die fehlenden Detailinformationen dem Beirat zur Verfügung gestellt werden. Ebenso sei noch kein offizieller Antrag gestellt worden, weist aber auf die Notwendigkeit des verkaufsoffenen Sonntages hin und stimmt dem Antrag zu.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Gesundheit nebst städtischer Deputation auf, die für den Einzelhandel im Mittelzentrum Vegesack wichtige Sontagsöffnung vom 05.05.2013 im Rahmen der im Stadtgarten Vegesack stattfindenden Gartenmesse „Landpartie“ zu beschließen.

Ergebnis: - einstimmig -

Es liegt ein Antrag von der Fraktion Die Grünen - Schnelle Asbestsanierung in der Schule Am Wasser vor.

Frau Spiegelhalter-Jürgens verliest den Antrag.

Herr Scharf unterstützt diesen Antrag.

Herr Degenhard teilt mit, dass es ihm vorrangig um die Gesundheitsgefährdung geht. Um so dringender ist natürlich die Senatorin und auch Immobilien gefordert, hier endlich tätig zu werden.

Frau Sprehe weist darauf hin, dass mit der Sanierung bis spätestens zu den Sommerferien begonnen werden soll. Demzufolge müssen also Planungen vorliegen und der Antrag von Frau Spiegelhalter-Jürgens berechtigt sei.

Aus dem Publikum meldet sich die Schulleitersprecherin der Schule am Wasser. Sie kritisiert, dass die im September stattgefundene Versammlung mit den Eltern und Vertretern, in der Frau Lüking damals zugesagt hat, dass im Oktober der Haushalt für das Land Bremen entschieden wird und dann auch über die Mittel für die Asbestsanierung entschieden wird. Bis heute ist keine Rückmeldung erfolgt. Sie fordert, dass die Politiker sich für den Ortsteil Grohn und die Schule am Wasser einsetzen.

Frau Spiegelhalter-Jürgens bittet darum, ihren Antrag dahingehend zu ergänzen, dass ebenfalls Immobilien Bremen aufzufordern ist, für eine zügige Asbestsanierung Sorge zu tragen.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag um den weiteren Satz, dass der Beirat unverzüglich eine Berichterstattung über den aktuellen Sachstand einfordert, zu ergänzen.

Aus dem Publikum meldet sich eine Bürgerin, die ebenfalls Schulelternsprecherin ist, und bittet darum, dass bei der Sanierung nicht nur die geplante Decken- und Fußbodensanierung berücksichtigt wird, sondern auch die Wände mit einbezogen werden.

Der Vorsitzende fasst noch einmal die Ergänzungen für den Beiratsbeschluss zusammen:

1. Die inhaltliche Planung für die Sanierung der Schule Am Wasser ist kurzfristig abzustimmen.
2. Die Senatorin für Finanzen wird aufgefordert, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Asbestsanierung unverzüglich zu bewilligen.

Der Beirat stimmt der Ergänzung einstimmig zu.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Bildung und Immobilien Bremen auf, dafür Sorge zu tragen, dass zügig mit der Asbestsanierung in der Grundschule Am Wasser begonnen wird. Dem Beirat soll, wie schon in seiner Sitzung am 12.09.2012 gefordert, die Planung für die Sanierung vorgelegt werden. Der Beirat fordert unverzügliche Berichterstattung über den aktuellen Sachstand. Die inhaltliche Planung für die Sanierung der Schule Am Wasser ist kurzfristig abzustimmen. Die Senatorin für Finanzen wird aufgefordert, die erforderlichen Haushaltsmittel für die Asbestsanierung unverzüglich zu bewilligen.

Ergebnis: - einstimmig -

Des Weiteren liegt eine Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.01.2013 - Welchen Auftrag hatte der sogenannte Bau-Koordinator? vor.

Der Vorsitzende teilt mit, dass in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei eine rechtliche Prüfung durchgeführt wird, weil mit der Anfrage Qualifikationsvoraussetzungen und Aufgaben eines Mitarbeiters einer Gesellschaft hinterfragt werden. Der Vorsitzende zweifelt an, dass das in den Kompetenzbereich des Beirates fällt.

Die zweite Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.01.2013 betrifft die Öffnungszeiten des BürgerServiceCenter (BSC) Nord und Untersuchung der Arbeitsabläufe.

Der Beirat nimmt von der Anfrage Kenntnis.

Nun begrüßt der Vorsitzende Herrn Marotzke von der Schule Am Wasser und fährt mit dem Tagesordnungspunkt 4 fort.

Tagesordnungspunkt 4

Schulversorgung im Stadtteil

u. a. Maßnahmen zur Imageverbesserung der Schule Am Wasser

Hierzu begrüßt der Vorsitzende Herrn Genthe-Welzel und bittet ebenfalls Herrn Marotzke um Beteiligung an der Diskussion.

Der Vorsitzende teilt einleitend mit, dass bereits über die Schuleinzugsbereiche mit der Verlagerung von einzelnen Straßen aus dem Schuleinzugsbereich der Schule Am Wasser hin zur Schule Alt-Aumund diskutiert wurde. Der Beirat hatte seinerzeit die Veränderung des Schuleinzugsbereiches abgelehnt. Gleichzeitig wurde einvernehmlich beschlossen, dass bei

Nichteinhaltung des Beschlusses seitens der senatorischen Behörde für Bildung die Herstellung von Einvernehmen gem. § 11 Beirätegesetz erfolgen sollte. Daraufhin teilte die senatorische Behörde mit, dass die Schuleinzugsbereiche jetzt erst einmal nicht geändert werden, was aber nichts daran ändert, dass die Attraktivität der Schule Am Wasser verbessert werden soll. Beiratsmeinung war seinerzeit, dass allein mit der Verlagerung von 10 - 12 Schülern von der einen zur anderen Schule keine Imageverbesserung der Schule erreicht wird. Weiter soll darüber informiert werden, wie die Schulsituation sich insgesamt im Stadtteil darstellt.

Herr Genthe-Welzel teilt zunächst mit, dass für die aktuellen Anmeldungen der Kinder des Stadtteils genügend Kapazität vorhanden ist. Die Situation im Stadtteil sieht folgendermaßen aus:

Bei der jetzt vorgenommenen Anmeldung liegt man immer noch bei einem Bedarf von 10 Plätzen an der Schule Alt-Aumund und einer Kapazität in der Region von 39 Plätzen. Was damals im Raum stand, einen dritten Zug für die Schule Alt-Aumund einzufordern, ist in keiner Weise zwingend nötig. In den in der nächsten Woche stattfindenden Regionalausschüssen soll ein regionaler Ausgleich gefunden werden. Es ist genügend Schulkapazität für die Kinder des Stadtteils vorhanden. Es wurde damals ausgeführt, dass dieser Neuzuschnitt der Einzugs Grenzen ein Element des Programms sei, um die Attraktivität der Schule Am Wasser zu steigern. Ziel muss immer sein, für eine gleichmäßige Auslastung der Kapazitäten jeder einzelnen Schule zu sorgen. In diesem Kontext wurde bemerkt, dass es Sinn macht, um der Schule Am Wasser auch die Chance auf Stabilität zu gewähren, von Dreizügigkeit auf Zweizügigkeit zu verkleinern. Momentan ist es so, dass von den 3 Klassenverbänden, die im ersten Jahrgang gestartet sind, 2 Klassen auch als sogenannte Inklusionsklassen laufen. Vielfach wird auch in der Wahrnehmung der Elternschaft oder der Anwohner immer noch die Schule am Wasser mit dem Förderzentrum mit einer Sonderschule in Verbindung gebracht und viele Eltern scheuen sich deshalb, ihre Kinder auch dort anzumelden. Es macht also Sinn, auch in Anbetracht dessen, dass viele Kinder mit einem Förderbedarf aus dem Bremer Westen an die Schule Am Wasser gefahren werden, einen dieser Klassenverbände auch in den Westen zu verlagern. Das heißt, es wird geplant, die Schule Am Wasser zweizügig zu fahren. Es muss dann kapazitiver Ausgleich geschaffen werden, den bietet auf die künftig zu erwartenden Schülerzahlen die Schule Alt-Aumund. Es wurden mit Einvernehmen der Schule pädagogisch inhaltliche Neuorientierungen verabredet. Herr Marotzke ist diesbezüglich eng in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule. Es geht um Neugestaltung oder pädagogisch-didaktische Neuausrichtung des Unterrichts gerade auch unter inklusiven Aspekten mit W + E über individualisierte Lernformen und dergleichen mehr. Es gibt an der Schule eine Steuergruppe, die mit entsprechender Entscheidungskompetenz ausgestattet ist und die Mitglieder dieser Steuergruppe machen sich überregional bekannt und vertraut mit dem Thema. Diese Erfahrungen werden dann auch in die pädagogische Diskussion des Gesamtkollegiums mit eingeführt und sollen entsprechend dann auch die Neurichtung der pädagogischen Leitlinie und Leitziele der Gruppe Am Wasser mit ausmachen.

Herr Marotzke informiert nun über den Stand in der Schule Am Wasser. Die Neuausrichtung der pädagogischen Arbeit an der Schule war und ist noch unter dem Stichwort jahrgangsübergreifendes Lernen. Die letzte Hospitationsgruppe überregional ist dann dazu am 11.03.2013 unterwegs, um sich dort in einer Modellschule anzusehen, wie inklusiver Unterricht über Jahrgangsgrenzen hinweg durchgeführt wird. Der nächste Termin liegt leider erst im ersten Märdrittel. Weiter findet nächste Woche Dienstag eine pädagogische Konferenz statt, in der die bisher ermittelten Hospitationsergebnisse und die Ergebnisse der Steuergruppe im großen Gremium zusammengefasst werden und diskutiert werden. Weiter weist er darauf hin, dass ein Tag der offenen Tür am 25.05.2013 ab 10.00 Uhr geplant ist. Frau Lükling von der Senatorin für Bildung teilte heute Herrn Marotzke mit, dass das Gespräch mit der Amtsleitung zur Asbestsanierung der Schule am Wasser stattgefunden habe. Die Entscheidungsunterlage von Immobilien Bremen liegt vor. Bevor ein Termin stattfinden kann, muss diese noch von der Senatorin für Finanzen freigegeben werden. Ein weiterer Punkt der ursprünglichen Verabredung zur Zusammenarbeit mit der Jacobs-Universität, wird im Moment noch von der

Schulaufsicht koordiniert. Es ist noch nichts konkret verabredet worden. Die Schule Am Wasser hat lediglich angegeben, in welchem Bereich sie sich eine Zusammenarbeit und Unterstützung der Jacobs Universität sehr gut vorstellen kann.

Ein kleines Problem ist allerdings die avisierte Namensänderung der Schule. Es hat im Dezember eine Gesamtkonferenz in der Schule stattgefunden, aus der 3 Vorschläge hervorgingen, wobei auch die Gesamtkonferenz sich nicht für einen neuen Namen entscheiden konnte. In der Woche darauf hat eine Elternbeiratssitzung stattgefunden, in der die Eltern eine Namensänderung der Schule strikt ablehnten.

Herr Genthe-Welzel geht noch einmal auf die Kooperation mit der Jacobs-Universität ein. Es wurden im September letzten Jahres diesbezüglich schon Gespräche geführt. Auch in der Jacobs-Universität haben sich Zuständigkeiten geändert. Aus diesem Grunde konnte die Angelegenheiten nicht weiter verfolgt werden. Die Schulen waren aufgefordert, Kooperationsfelder zu benennen und die wurden dem damals Verantwortlichen der Jacobs-Universität vorgestellt. Diese angedachten Ideen sollten vertieft werden und dazu sollte heute eigentlich ein Gespräch mit der jetzt verantwortlichen Ansprechpartnerin stattfinden. Diese ist leider erkrankt und somit wurde das Gespräch auf den 26.02.2013 verschoben. Interessant wird das Thema, weil ja gerade der Ortsteil Grohn aus dem Stadtteil Vegesack mit erheblichem Zuzug aus Bulgarien und Rumänien zu tun hat. Es gibt eine ganze Menge Studenten und auch Doktorandinnen und Doktoranden an der Jacobs-Universität, die ebenfalls einen rumänischen oder bulgarischen Hintergrund haben. Es gibt diesbezüglich schon ganz konkrete Überlegungen wie z. B. gerade diese Studenten und Studentinnen zur Sprachförderung in die Schule mit eingebunden werden können. Weiter gibt es auch die Überlegung, Nachhilfe spezifisch anzubieten und auch über direkte Patenschaften nachzudenken. Die Bereitschaft der Jacobs-Universität hierzu ist auch vorhanden. Geplant ist, im April 2013 zu einer vernünftigen, konzeptionellen Übereinkunft zwischen den Schulen und der Jacobs-Universität zu kommen.

Frau Spiegelhalter-Jürgens möchte auch die räumliche Situation mit einbezogen wissen. Sie hält es für die Schule sehr wichtig, damit diese die Akzeptanz von Eltern bekommt, ihre Kinder dort einzuschulen. Die Schule bietet etwas, was andere Schulen nicht haben wie z. B. eine besondere personelle Ausstattung *und ansprechende Einrichtung sowie eine moderne technische Ausstattung, z. B. mit Notebooks und Beamer.*

Mit Entsetzen nimmt sie zur Kenntnis, dass es nur eine barrierefreie Toilette gibt. Frau Frau Spiegelhalter-Jürgens befürchtet, dass es ein Problem für die Schule ist, jahrgangsübergreifend und gleichzeitig auch inklusiv mit ihren Kindern zu arbeiten, unter der jetzigen räumlichen Situation.

Frau Sprehe begrüßt die Entscheidung der Eltern, keine Namensänderung der Schule vorzunehmen. Wichtig ist, dass dort eine Imageverbesserung erarbeitet wird und dort eine besondere Förderung stattfindet. Weiter muss es einen besonderen Personalschlüssel geben. Eine Zusammenarbeit mit der Jacobs-Universität ist sehr zielführend nicht nur für die Schule Am Wasser, sondern auch für die Jacobs-Universität. Bezüglich der Sprachförderung durch bulgarischen und rumänischen Studenten merkt sie an, dass nicht die englische sondern die deutsche Sprache gelehrt werden sollte.

Zur Nachmittagsbetreuung teilt Herr Marotzke mit, dass im Moment die Schule keinen Antrag auf Ganztagschule gestellt hat, denn es wird in sehr enger Kooperation nicht nur mit der Kita Haus Windeck sondern auch insgesamt mit dem Kinder- und Familienzentrum Horthaus Grohn zusammengearbeitet, die dann 2 Drittel der Kinder im Horthaus mit einem sehr anspruchsvollen Programm nachmittags betreuen. Ebenfalls gibt es 6 Hortgruppen in der Schule und Platz für eine weitere Hortgruppe wird gesucht.

Herr Buchholz merkt kritisch an, dass es sicher in der Jacobs-Universität bulgarische und rumänische Studenten gibt, die als Studenten oder gar als Doktoranden bereits in ganz

anderen Bereichen tätig sind. Hier wäre vielmehr erforderlich, dass man sich darum kümmert, Sozialarbeiter zusätzlich dort einzustellen. Es müssen Personen sein, die einerseits in der Lage sind, die deutsche Sprache zu vermitteln und die geschult sind, mit problematischen Kindern aus problematischer Umgebung umzugehen. Diese Personen sollten den ganzen Tag zur Verfügung stehen. Um die Schule attraktiver zu machen, sollten auch die Klassenfrequenzen gesenkt werden. Wenn aus der Elternschaft Vorschläge erarbeitet werden, sollten diese Vorschläge wie ein Auftrag betrachtet werden, der unbedingt umzusetzen ist.

Auf die Frage von Frau Spiegelhalter-Jürgens bezüglich der Alten Villa verweist Herr Genthe-Welzel auf Immobilien Bremen, die dafür zuständig seien.

Weiter geht Frau Spiegelhalter-Jürgens noch einmal auf den Sprachunterricht der bulgarischen und rumänischen Kinder ein. Sie ist der Meinung, dass diese zunächst muttersprachigen Unterricht benötigen, um sich zunächst einmal zu Recht zu finden.

Herr Genthe-Welzel berichtet, dass der Rahmen für die Ausstattung einer jeden guten Schule nicht vorhanden ist. Doppelbesetzung für jede Klasse ist aus diesem Grunde auch nicht möglich. Er teilt mit, dass die Grundausrüstung für eine Klasse aus 1 Grundschullehrerin, 1 Sonderpädagogin, 1 Klassenassistenz im Umfang von 27,5 Std. und 2,5 Std. noch durch sozialpädagogische Fachkräfte aufgefüllt werden. Sollten extrem schwierige Kinder in einer Klasse sein, kann es möglich sein, dass diese Klasse bei einer Größenordnung von 20 - 22 Kindern noch eine Drittkraft zugesprochen bekommt. Man bemüht sich selbstverständlich bei einem Ausfall aufgrund Krankheit oder beispielsweise Schwangerschaft so schnell wie möglich die Lehrkräfte zu ersetzen. Leider ist es so, dass zur Zeit keine qualifizierten Lehrkräfte zu finden sind.

Herr Genthe-Welzel teilt weiter mit, dass nicht geplant ist, dass ein muttersprachlicher und ein deutschsprachiger Student ein Tandem bilden, die dann mit kleinen Gruppen von Kindern stundenweise arbeiten. Auf die Forderung auf mehr Sprachunterricht kann Herr Genthe-Welzel mitteilen, dass es seit dem neuen Schuljahr eine neue Studententafel für die Grundschule, eine sogenannte Kontingentstudententafel, gibt. Jede Schule kann den Schwerpunkt selbst setzen. Das bedeutet, es müssen über die 4 Grundschuljahre 24 Std. Deutschunterricht erteilt worden sein. Wie sich diese auf die 4 Jahre verteilen, bleibt den Schulen überlassen. Ein weiteres Ziel ist es, den Bereich Campusring und Jacobs-Universität direkt wieder dem Stadtteil Vegesack zuzuordnen.

Herr Scharf hinterfragt, ob es nicht der falsche Weg ist, die Schule Am Wasser nicht zur Ganztagschule zu machen. Weiter möchte er wissen, wie hoch der Anteil zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund ist. Sind die Eltern auch bereit, diese in den Hort zu schicken oder gehen diese Kinder dann nach Hause.

Herr Genthe-Welzel betont noch einmal, dass es in unmittelbarer Zukunft keine Ganztagschule geben wird, da die Schule im Moment eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Hort und ein sehr gutes und lehrreiches Nachmittagsprogramm hat.

Herr Quenstedt-Riebau, Leiter des Horthauses Grohn, der sich im Publikum befindet, beschreibt den Ablauf des Nachmittagsprogramms und betont, dass es dort ein frisch gekochtes Mittagessen gibt. Danach werden Hausaufgaben gemacht. Von 15.00 Uhr -17.00 Uhr gibt es Freizeitangebote sowie Lernangebote als auch Angebote, wo Kinder eigeninitiativ Dinge machen können, die ihnen Spaß machen. Es soll nicht nur im Hort verweilt werden, sondern es werden ganz gezielt mit den Angeboten im Stadtteil gearbeitet, wie z. B. die Musikschule Grohn oder der Kulturbahnhof. Ziel ist es, dass die Kinder bei Verlassen der Grundschule und des Hortes kompetente Kinder im Stadtteil sind und dort den Stadtteil beleben und das Angebot dort wahrnehmen. Wichtig wäre noch zu sagen, dass der Hort eine Kooperation mit der Hans-Wendt-Stiftung hat. Alle Kinder, die Hilfe benötigen (ca. 25 – 30 Kinder), werden besonders betreut. Es befindet sich für 40 Std. wöchentlich ein Psychologe im Hause, der diese Kinder dann betreut.

Der Vorsitzende beendet das Thema Schule Am Wasser nun verbunden mit der Aussage, dass dieser Prozess weiter begleitet wird. Wie Herr Genthe-Welzel sagte, will man im April so weit sein, dass man das Paket ziemlich komplett geschnürt hat. Der Vorsitzende bittet um eine Mitteilung, wenn die Ergebnisse komplett vorliegen und um Mitteilung, wann der Beirat zu diesem Thema wieder einladen kann.

Der Vorsitzende erteilt nun Herrn Stockinger, Oberschule Lerchenstraße, das Wort.

Herr Stockinger teilt mit, dass die Oberschule Lerchenstraße viele Anmeldungen für das kommende Jahr bekommen hat, es aber eine Menge Absagen geben wird. Die Schule darf nur drei eigene fünfte Klassen bilden, hinzu kommt eine fünfte Klasse der Schule Borchshöhe, die an die Lerchenstraße angegliedert wird. Es wird im Schuljahr 2013/2014 eine fünfte Klasse weniger geben als rechnerisch möglich. Auf lange Sicht wird man für immer kleiner werdende Schülerschaft nicht die gesamte fachliche Angebotspalette beibehalten können. Diese Entwicklung bedroht lt. Herrn Stockinger die Attraktivität der Schule. Das Angebot besteht aktuell aus 4 verschiedenen Profilen. Die Schwerpunkte lauten Naturwissenschaft, Sport, Kultur/Technik sowie Europa und Politik. Wer eine zweite Fremdsprache erlernen will, hat die Auswahl zwischen Französisch, Latein und Russisch. Herr Stockinger kritisiert, dass die Schule Lerchenstraße Schüler abgeben muss, weil die Anmeldezahlen an anderen Schulen eher gering sind und teilt mit, dass bereits eine schriftliche Beschwerde an die Bildungsbehörde über die Begrenzung ihres fünften Jahrgangs eingereicht wurde. Herr Stockinger und die gesamte Schulleitung bitten um Unterstützung des Beirates.

Der Vorsitzende schlägt vor, dieses Thema zu einem Tagesordnungspunkt der Sondersitzung zu machen, die in 2 Wochen stattfinden wird. Es wird dann ein kompetenter Vertreter der Bildungssenatorin eingeladen, um das gemeinsam mit der Bildungssenatorin, der Schulleitung und interessierten und betroffenen Eltern im Beirat zu diskutieren.

Dem stimmen die Beiratsmitglieder einstimmig zu.

Der Schulsprecher der Schule Alt Aumund bittet um mehr Einbindung, wenn es darum geht, Schulgrenzen zu verlagern.

Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende trägt die Mitteilungen zu folgenden Themen vor:

1. Denkmalschutz für den Wasserturm in Vegesack und die Gemeinde-Turnhalle Aumund

Der Senator für Kultur teilt mit, dass der Wasserturm und die Gemeinde-Turnhalle in die Denkmalliste gemäß § 2 Denkmalschutzgesetz (DSchG) aufgenommen wurden.

2. Antrag der CDU-Fraktion des Beirates Vegesack zur baulichen Veränderung vorhandener Altkleidersammelbehälter

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr teilt mit, dass nach Beratung und Rücksprache mit seinen Vertragspartnern und anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu dem Ergebnis kam, dass das vorhandene Modell weitgehend optimiert ist.

Weiter verliest der Vorsitzende eine Mitteilung des ASV über die Sanierung der Gehweganlage Fährer Flur zwischen Bertholdstr. und Aumunder Heide. Die Durchführung der Bauarbeiten soll abschnittsweise ab Mai 2013 erfolgen.

Der Vorsitzende teilt nun mit, dass es für Herrn Klucken, Leiter des Polizeireviers Vegesack, heute die letzte Beiratssitzung ist, an der er teilgenommen hat. Herr Klucken wird in den wohlverdienten

Ruhestand gehen. Der Vorsitzende bedankt sich für die sehr gute Zusammenarbeit und wünscht Herrn Klucken alles Gute für die Zukunft und überreicht ihm ein kleines Abschiedsgeschenk.

Herr Klucken bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit. Weiter betont er, dass er in Vegesack eine hohe Aufenthaltsqualität kennengelernt hat. Hervorheben möchte er den Stadtgarten- und Verschönerungsverein. Aus diesem Anlass überreicht Herr Klucken dem Vorsitzenden des Stadtgarten- und Verschönerungsvereins Vegesack, Herrn Dornstedt, einen Scheck für diesen Verein.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe berichtet über die Beirätekonferenz am 07.07.2013 und verkündet, dass über das Thema Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter beraten wurde. Die einzelnen Beiräte haben einzelne Beschlüsse an die Senatskanzlei abgegeben. Nur der Beirat Vegesack hat diese Verordnung abgelehnt. Die anderen Beiräte nahmen die Verordnung zur Kenntnis oder stimmten zu. Die Kanzlei erklärte, dass die Änderungen zum 01.01.2013 rückwirkend in Kraft treten. Ansonsten wurde von den Beiräten eine frühzeitige Beteiligung im KTH-Bereich eingefordert, insbesondere auch die Beteiligung an den Planungskonferenzen, die bereits umgesetzt werden.

Weiter weist Frau Sprehe darauf hin, dass am 27.02.2013 die Bürgersprechstunde stattfindet. Anwesend sein wird der stellvertretende Beiratssprecher Herr Pörschke.

Tagesordnungspunkt 10 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Scharf äußert die Bitte, die Beiratssitzung vom 14.03.2013 zu verschieben.

Da eine Einigung kurzfristig nicht möglich ist, schlägt der Vorsitzende vor, dass ein neuer Termin für diese Sitzung am Freitag vereinbart wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.35 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Kolossa
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin